

Initiative
Sozialistisches
Forum
Freiburg (Hg.)

Ein Lichtlein
für die Toten

Flüchtlingsabwehr,
Klimaschutz, Corona

çairira

1. Auflage – 2022, ça ira-Verlag

© ça ira-Verlag, Freiburg Wien 2022
Günterstalstr. 37 www.ca-ira.net
79102 Freiburg info@ca-ira.net

Das Foto zeigt Frank-Walter Steinmeier am 22. Januar 2021 zum
Start der Aktion »Lichtfenster«.

Umschlag und Gestaltung: Till Gathmann, Berlin.

Druck: cpi, Birkach

ISBN 978-3-86259-179-4

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über www.dnb.d-nb.de abrufbar.

Inhalt

Vorwort	
Initiative Sozialistisches Forum Freiburg	7
Kritik der Flüchtlingspolitik	
Redaktion Pólemos	15
Die Diktatur der Zukunft	
Initiative Sozialistisches Forum Freiburg	31
Der gesellschaftliche Konformismus von <i>Fridays for Future</i> Eine exemplarische Textanalyse	
Gerhard Stapelfeldt	41
Ökologie und Arbeit als Fetisch Der <i>Green New Deal</i>	
Thorsten Müller	65
Politisierung der Natur – Naturalisierung der Gesellschaft Thesen zu Corona und Krise	
Leo Elser/Julika Runge	79
Ein Lichtlein für die Toten Bemerkungen zur Pandemie	
Christian Thalmaier	103
Jargon des Ausnahmezustands: Pandemie und Staatssubjekt Kapital	
Thorsten Fuchshuber	127

It's the Pandemic, Stupid!	
Daniel Poensgen	157
Das Patent als Mörder	
Zur Kritik des Juristensozialismus in Zeiten von Corona	
Christian Thalmaier	181
Nachweise	189

Vorwort

Initiative Sozialistisches Forum Freiburg

In den letzten sechs Jahren, aus denen die Beiträge des Bandes stammen,¹ trieb die Gesellschaft scheinbar von einer Krise in die nächste. Schon die sogenannte ›Flüchtlingskrise‹ hätte als ›Jahrhundertkrise‹ die letzte größere Krise für die nächsten hundert Jahre sein sollen, stattdessen folgte ihr die ›Klimakrise‹, die den nahen Untergang verhieß, sollte nicht bald ein ›radikales Umdenken‹ erfolgen. Seit Anfang 2020 bedroht nun ein Virus weltweit Leib und Leben der Individuen. Und diese ›Krise‹, die ›Coronakrise‹, steht jetzt im Schatten der ›Ukraine-krise‹.

Der Begriff der Krise selbst bleibt in den öffentlichen Diskussionen unbestimmt; die gesellschaftlichen Verhältnisse, die er bezeichnet, werden mehr verschleiert als dargestellt. Dabei haben diese Ereignisse der vergangenen Jahre bei aller Verschiedenheit etwas gemein. So wie sich die Gesellschaft des Kapitals unter dem ökonomischen Zwang, sich permanent selbst zu revolutionieren, nur durch beständige Krisen hindurch erhält, so pendeln auch die Subjekte in jeder als Krise wahrgenommenen Situation antinomisch zwischen der zynischen Auffassung, die ›Krise als Chance‹ zu begreifen, und Untergangphantasien, die zumeist auf sadistische Lust an Ent-sagung, Abschottung und Zerstörung zielen.

Als 2015 Europas Grenz- und Abschottungsregime teilweise kollabierte, musste die bis dahin still gehegte Hoffnung, dass die Kriege in Syrien, dem Irak und anderen arabischen Staaten durch militärische Unterdrückung der jeweiligen Diktatoren befriedet werden könnten, aufgegeben werden. Hier zeigte sich die Unmöglichkeit der vollständigen Abschottung Europas, was jedoch als ›Flüchtlingskrise‹ den Opfern zugescho-

1 Bei den meisten in diesem Buch versammelten Texten handelt es sich um Gelegenheitsschriften, die daher auf genaue Quellenangaben oftmals verzichten.

ben wurde. Dass es sich bei den Protesten gegen ein brutales Regime und der Flucht vor Fassbomben und Giftgas um ein illegitimes Aufbäumen gegen die Natur staatsbürgerlicher Verpflichtung handle, war den Rechten offen, den Bürgern eher verschämt, doch deutlich bewusst. Denn auch für den linken, liberalen, verfassungstreuen Bürger ist klar: eine Verpflichtung auf das Wohl seiner Bürger ist als vager Anspruch nur gegenüber dem eigenen Staat geltend zu machen. Schutz und Hilfe gegenüber Ausländern wird – trotz des Rechts auf Asyl – als moderne Form der Mildtätigkeit betrachtet. Linke wie Rechte argumentieren bei unterschiedlichem Inhalt staatsaffirmativ der Form nach und sprechen damit aus, dass es im strengen Sinne überhaupt kein *Recht* auf Asyl geben kann. Wer auf den Schutz durch den eigenen Staat nicht hoffen darf, erhält dadurch keinen absoluten Anspruch, von einem fremden als bürgerliches Subjekt behandelt zu werden und wird so zum Bettler allein um die Duldung seiner Person.

Anders als in der frühen Republik der Französischen Revolution, wo jeder Ausländer Bürger werden konnte, der sich zu ihr bekannte, nahm sich das Bürgertum in der Folgezeit Zuflucht zum Schein nationaler Verantwortung. Heute ist es nicht bloß ›das Bürgertum‹, das als geeintes in der Wirklichkeit ebenso wenig existiert wie ›das Proletariat‹, das ein Interesse an der Exklusivität der Nation hat, auch ›der Arbeiter‹ ist Staatsbürger und Nationalist und hat ein akutes Interesse daran, die industrielle Reservearmee gering und die Ausländer deshalb draußen zu halten. Proletariat und Bürgertum mussten den Universalismus aufgeben, um sich als solche erhalten zu können.

Jeder Staatsbürger, der sich als solcher versteht, spürt seine eigene Verpflichtung zum heimatlichen Gemeinwohl im Nacken – sieht er doch an den aus Syrien Geflüchteten deutlich, wohin die Reise geht, wenn der Souverän den inneren Frieden mit seinen Bürgern aufkündigt.

Folgerichtig entspann sich in dieser Zeit ein Spiegelspiel zwischen Wohlgesinnten, die gegenüber den Schutzsuchenden Gnade walten lassen, und Nationalisten, welche lustvoll die Muskeln ›ihrer‹ Exekutive spielen lassen wollten. Diese in der Öffentlichkeit geführte Debatte, ob im Zuge der demogra-

phischen Entwicklung eine Vergreisung der Gesellschaft durch junge Geflüchtete aufgehalten werden könne, eine ›kulturelle Bereicherung‹ stattfinde oder nicht doch gerade dies eine drohende ›Umvolkung‹ und den Verlust nationaler Identität beschleunige, erhob jeden Diskutanten zur Schicksalsgöttin über Leben und Tod der Geflüchteten. Mit dem baldigen Ende der ›Willkommenskultur‹ wurde deutlich, dass sich auch die großzügigeren Politiker auf ihre deutsche Bürgerpflicht und die der Syrer besonnen hatten. Denn wer sein Land verlässt, der fällt als nationaler Deserteur in der Logik von Staat und Kapital nicht mehr in den Rang eines politischen Subjekts.

Entsprechend interpretierten die Deutschen die Folgen des Syrienkriegs als Naturkatastrophe und erniedrigten die Geflohenen zum (unerwünschten) ›Flüchtlingsstrom‹, der sich zu einer gewaltigen ›Flüchtlingswelle‹ aufbaue und drohe, das europäische Festland zu verschlingen.

Wie zum Beweis des weitgehenden Desinteresses an den konkreten Verhältnissen, vor denen massenhaft Menschen flohen, hieß es bei allen Parteien, von AfD bis Linkspartei, man müsse ›die Fluchtursachen bekämpfen‹, während die Fragen eines politischen oder auch militärischen Engagements in Syrien, mit dem Ziel, das Land zumindest einigermaßen bewohnbar zu machen (was daher gleichermaßen ein Ende Assads wie des Islamischen Staates voraussetzt), noch nicht einmal ernsthaft diskutiert wurde. Nachdem man Syrien Assads Verbündeten, Russland und Iran, überließ, wurde im Sommer 2021 auch Afghanistan mit dem Abzug der westlichen Truppen den Taliban ausgeliefert.

Der Linken fiel zu Afghanistan lange nichts ein, außer gegen Auslandseinsätze und westliche Waffenlieferungen zu protestieren, damit sich bloß niemand den Taliban in den Weg stelle. Wenn allerdings die gegenwärtige russische Regierung in nahezu jedem Konflikt der vergangenen Jahre stets die reaktionärste und brutalste Partei mit Waffen oder Geld unterstützt hat, galt das vielen europäischen Linken (wie auch Teilen der AfD) als legitimes russisches Sicherheitsinteresse. Das damit einhergehende Geraune von einer potenziellen Gefährdung Russlands, welches seine militärische Einflussnahme als

verzweifelte Rückzugseffekte glaubhaft machen soll, steht in der Tradition einer orthodox-autoritären Linken, die sich auch nach dem Zerfall der Sowjetunion Russland gegenüber loyal zeigen. Die neuere Linke verkauft dies als authentischen, anti-westlichen Widerstand. Zurecht beklagen selbst antikoloniale Theoretikerinnen wie Olga Reznikova², dass auf wundersame Weise Repression und Besetzung aus dem Bild verschwinden, wenn der Akteur kein westlicher Staat ist. Dass Russland und die Türkei in fremde Länder einmarschieren, findet als imperialistische Staatspolitik in der linken Presselandschaft kaum Widerhall.

Natürlich bedeuten ›ausländische‹ Besatzer nicht unbedingt eine schlechtere Herrschaft – das ist gerade in Deutschland augenfällig, wo der Nazifaschismus erst von außen besiegt und demokratische Strukturen von den alliierten Besatzern eingeführt werden mussten. Vielmehr kann die Frage der Erträglichkeit von Herrschaft gar nicht sinnvoll entlang der Linien allochthon vs. autochthon geführt werden. Und dass die ›Faschismusfähigkeit‹ nationaler Gemeinweisen keineswegs ein Privileg westlicher Staaten darstellt, ist eine Banalität, die sich den selbsternannten Wortführern des ›globalen Südens‹ nicht erschließt.

* * *

In der ökologischen Debatte von *Fridays for Future Deutschland* spielten politische Konflikte anfangs eine Nebenrolle, nahmen aber in der jüngeren Zeit vermehrt eine zentrale Stellung ein. Schon zu Beginn wurde über Flüchtlinge als ›Klimaflüchtlinge‹ gesprochen und über die sozialen Folgen des Klimawandels. Eine Haltung zu konkreten politischen Fragen zu entwickeln, wurde aber umso drängender, je näher die realpolitische Verantwortung rückte. Die zu Beginn der Debatte noch allgemein gehaltene Rede vom ›globalen Süden‹ und ›globalen Norden‹, sodann die Spezifizierung einer westlichen Minderheit,

2 Olga Reznikova: Russländischer Kolonialismus? In: *After Europe*. Berlin 2021, S. 45–58.

die den größten Anteil am CO₂-Verbrauch habe, die penible Errechnung, welche Anteile an Umweltverschmutzung und Ressourcenvernutzung die jeweiligen Kontinente, später Länder, Regionen, Gesellschaftsgruppen zu verantworten hätten – alles das waren notwendige Differenzierungen einer immer stärker und vor allem realpolitisch aktiver werdenden Bewegung, welche die Schuldfrage stellt und den Feind benennt, um der zukünftigen Regierungsverantwortung gerecht zu werden.

Wenig verwunderlich also, dass sich eine Ideologie, die es schon auf ökologischem Gebiet gewohnt ist, die ökonomische wie politische Konkurrenz der Subjekte und Staaten auf moralische Schuldfragen herunterzubrechen und damit die kapitalistische Realität grundlegend zu verfehlen, mehr als anschlussfähig an den postkolonialen Antisemitismus erweist. So fühlt sich etwa *Fridays for Future International* in mehreren Tweets anlässlich der militärischen Auseinandersetzung zwischen Hamas und Israel im Mai 2021 dazu berufen, die (mit Ausnahme des deutschen Ablegers) offizielle Solidarität der Klimabewegung mit den Palästinensern kundzutun. Beide, das Klima und die Erde einerseits sowie »entrechtete Gemeinschaften« andererseits, seien Opfer des »nordamerikanischen Militarismus« beziehungsweise des »Kolonialismus und Imperialismus«, deren konsequentester Ausdruck – kaum überraschend – der israelische »Siedler-Kolonialismus« sein soll. Sein positives Gegenstück malt sich *Fridays for Future* als eine symbiotische »Verbindung zwischen einem Volk und einem Land« aus, die »alle politischen Motive« transzendiere und in der die »spirituelle und kulturelle Prosperität«, welche das Land befördere, das Volk dazu verpflichte, für es zu sorgen; ein Prozess, der beide aneinander binde.

In diesem Phantasma kommen die Eigeninteressen, politischen Forderungen und Fraktionen innerhalb des palästinensischen Gemeinwesens nicht vor; übrig bleibt das herbeigesehnte »unterdrückte Volk«, das keine divergierenden Einzel- oder Gruppeninteressen mehr kennt. Für die Klimaaktivisten sind ihre neuen Freunde bloß eine weitere bewusstlose Ressource wie der ebenfalls zu schützende Regenwald, die Weltmeere und nachwachsende Energieträger. Folgerichtig spielen anti-